

Substanzen risikobasiert regulieren

Das aktuell europäisch diskutierte Pauschalverbot von PFAS (per- und polyfluorierte Chemikalien) lehnen wir ab. Die Gruppe der PFAS umfasst sehr unterschiedliche Stoffe mit unterschiedlichen Gefährdungen. Die Beschränkung von PFAS muss stoffbezogen und risikobasiert geschehen. Nicht alle PFAS stellen ein inakzeptables Risiko dar, das eine Beschränkung rechtfertigt.

Wie in vielen anderen Branchen sind PFAS in der Kautschuk- und Automobilindustrie unerlässlich. Ein undifferenziertes Verbot von PFAS hätte massive Auswirkungen auf die europäischen Unternehmen und die Innovationsfähigkeit der Industrie in Europa. Es braucht daher Ausnahmen – etwa für High-Tech, Industrieanwendungen und Ersatzteile – sowie in allen Fällen angemessene Übergangsfristen.

Auch die geplante Reform der europäischen Chemikalienverordnung REACH ist für Hersteller und Anwender chemischer Stoffe von großer Bedeutung und berührt damit die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der europäischen Industrie.

Die Ausgestaltung der europäischen Chemikalienregulierung sollte möglichst unbürokratische und einfache Prozesse zum Ziel haben. Registrierungspflichten oder Verbote sollten einer risikobasierten Bewertung folgen. Die Reform sollte auf einem wissenschaftlichen und ergebnisoffenen Austausch zwischen allen Stakeholdern beruhen. Entscheidungen müssen sorgfältige Einschätzungen zu möglichen Folgen sowie Aufwand und Nutzen vorangehen.